



Einheitlich, zusammengeführt oder getrennt?

Gestaltungsoptionen und Stand der Debatte um den einheitlichen Tatbestand



Sarah Ehlers

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg

Die gesetzgeberischen Gestaltungsoptionen

- Geschichte der Anspruchsgrundlagen im SGB VIII
- Die aktuelle Debatte um die Ausgestaltung des neuen Leistungstatbestands
 - I. Einheitliche, getrennte oder zusammengeführte Anspruchsgrundlage(n)?
 - II. Anspruchsvoraussetzungen im neuen Leistungstatbestand
 - Behinderungsbegriff / Wesentlichkeit der Behinderung als Anspruchsvoraussetzung / Verweis auf die EinglHV?
 - Aussicht der Erfüllbarkeit der Aufgabe der Eingliederungshilfe als Anspruchsvoraussetzung?
 - III. Anspruchsinhaberschaft
- Rechtsfolge / Leistungskatalog(e)

Geschichte der Anspruchsgrundlagen im SGB VIII



ungeklärt

- * **§ 27 Abs. 4 SGB VIII aF (1990):** EGH als Annexleistung zu HzE
- * **1. SGB VIII-ÄnderungsG 1993:** Trennung von HzE und EGH durch die Einführung von § 35a SGB VIII
- * **Arbeitsentwurf KJSG 2016:** „Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche“; verworfen im KJSG 2017
- * **Aktuell:** Wille zur Umsetzung der großen Lösung 2021 bekundet, aber u.a. der Anspruchsgrundlage(n) noch

I. Einheitliche, getrennte oder zusammengeführte Anspruchsgrundlage(n)?

Aktuell werden drei Gestaltungsoptionen als Grundmodell diskutiert:

- ❖ **Ein einheitlicher Tatbestand:** Erzieherische und/oder behinderungsbedingte Bedarfe können Ansprüche auf Jugendhilfeleistungen aus dem gleichen Leistungstatbestand begründen.
 - ❖ **Getrennte Anspruchsgrundlagen:** Ansprüche auf HzE und EGH-Leistungen ergeben sich weiterhin aus separaten Anspruchsgrundlagen.
 - ❖ **Eine zusammengeführte Anspruchsgrundlage:** Erzieherische und behinderungsbedingte Bedarfe werden getrennt, aber in der gleichen Vorschrift als Anspruchsvoraussetzung formuliert. Liegen diese Bedarfe alternativ oder kumulativ vor, wird ein Anspruch auf die erforderlichen Hilfen ausgelöst.
-

Einheitlicher Tatbestand:

Erzieherische und/oder behinderungsbedingte Bedarfe können Ansprüche auf Jugendhilfeleistungen aus dem gleichen Leistungstatbestand begründen.

Argumente **für** einen einheitlichen Tatbestand

- Wirkt schnelllem **Schubladendenken** und stigmatisierender **Etikettierung** von Kindern mit dem Label „Behinderung“ entgegen
- Standardmäßige **systemische Betrachtung** des Kindes und seiner Familie sorgt für bedarfsgerechte Hilfen
- Verknüpfung und Weiterentwicklung von EGH und HzE **verhindern isolierte Betrachtung behinderungsbedingter Bedarfe**
- **Strahlkraft** einer gemeinsamen Eingangstür hätte Aufforderungscharakter für eine **wirklich inklusive Ausrichtung der Jugendhilfe**

Mehrere Tatbestände:

Ansprüche auf HzE und EGH ergeben sich aus separaten Anspruchsgrundlagen

Argumente **gegen** einen einheitlichen Tatbestand

- **HxE und EGH-Leistungen unterscheiden sich grundlegend**
 - ✓ **Alle Kinder** haben erzieherischen Bedarf, **nur manche** behinderungsbedingte Bedarfe
 - ✓ **Auch Jugendhilfe hat keinen einheitlichen Leistungszugang**, sondern unterscheidet zwischen Leistungen, die allen Kindern offen stehen und solchen, die an spezifische Bedarfe anknüpfen
 - ✓ Logik und Ausrichtung der Leistungen unterscheiden sich:
Sozialpädagogische und systemische vs. medizinische Sichtweise;
EGH ist Einzelfallhilfe, die sich als Reha-Leistung nur an Kinder mit Behinderung richtet, während die Jugendhilfe die ganze Familie in den Blick nimmt
 - ✓ Bezug auf grundlegend **verschiedene Bedarfssituationen**: Eltern-Kind-Beziehung bzw. Teilhabe des beeinträchtigten Kindes → aus sozialrechtlicher Sicht Unterscheidung HxE / EGH daher nicht künstlich
 - ✓ **Deutlich verschiedene Leistungsinhalte** auf Rechtsfolgendeite
-

Argumente **gegen** einen einheitlichen Tatbestand

- Sorge vor Umdeutung von behinderungsbedingten Bedarfen in **Erziehungsprobleme** und damit Infragestellung der Erziehungskompetenz der Familie – systemischer Blick als potentiell übergriffig
- Wegen Verfahrensregeln im SGB IX Teil 1 muss das Jugendamt ohnehin weiterhin **feststellen, ob** es als **Reha-Träger** agiert oder nicht
- Für eine inklusive Ausrichtung ist vor allem ein weiterentwickeltes **Hilfeplanverfahren und eine inklusive Leistungserbringung entscheidend**

Zusammengeführter Tatbestand als Lösung?

- Versuch, in einer vermittelnden Lösung Vor- und Nachteile der anderen Positionen zu verbinden:
 - ✓ Ein Paragraf als „Dach“ und gemeinsame Eingangstür soll Signalwirkung erhalten und isolierte Betrachtung von behinderungsbedingten Bedarfen vermeiden
 - ✓ Differenzierung nach erzieherischen und behinderungsbedingten Bedarfen in zwei Tatbestandsalternativen greift Kritik an einheitlichem Tatbestand auf, die Spezifika der jeweiligen Hilfetypen nicht berücksichtigt sieht
- Kritik an den anderen beiden gegensätzlichen Positionen kann teilweise auch gegen diese Option angeführt werden
- Aber: Großer Vorteil, dass Zuständigkeits- und vermeintlich eindeutige Bedarfszuordnungen entbehrlich werden.

Kontroverse um die neue(n) Anspruchsgrundlage(n)

PRO einheitlicher /
zusammengeführter TB:

- Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung / *Ruth Coester, Norbert Müller-Fehling, Tina Cappelmann*
- Bundesvereinigung Lebenshilfe
- AGJ / *Angela Smessaert*
- Projekt Inklusion jetzt! (BVkE, Caritas, EREV)
- *Thomas Meysen / Lydia Schönecker*

CONTRA einheitlicher TB:

- Der Paritätische Wohlfahrtsverband / *Norbert Struck*
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V.
- Deutscher Sozialgerichtstag
- *Reinhard Wiesner*
- *Jan Kepert*
- Zumindest kritisch: *Friederike Wapler*

Kontroverse um die neue(n) Anspruchsgrundlage(n)



- **Getrennte Tatbestände** vermeiden
Nivellierung von qualitativ unterschiedlichen Bedarfslagen
- Fehlendes Signal zur systemischen Betrachtung der Familie kann je nach Perspektive Vor- oder Nachteil sein



- Ein **einheitlicher Tatbestand** hätte Signalwirkung wie keine andere Gestaltungsoption
- Bedenken: es ist kein Oberbegriff „vor der Klammer“ für Erziehungshilfe- und Teilhabeleistungen erkennbar –stets Rekurs auf mehrere Begriffe wie Hilfe, Teilhabe und Entwicklung
- Gefahr einer Nivellierung spezifischer Bedarfe



- Ein **zusammengeführter Tatbestand** könnte einen Kompromiss in einer polarisierten Debatte sein
- Argumente gegen andere Positionen sind aber, ggf. abgeschwächt, auch auf diese Variante anwendbar

Anspruchsvoraussetzungen im neuen Leistungstatbestand

In der Diskussion:



Behinderungsbegriff (vgl. § 2 SGB IX / 7 Abs. 2 SGB VIII / UN-BRK vs. § 35a Abs. 1 SGB VIII)



Wesentliche Behinderung als Anspruchsvoraussetzung?
(vgl. § 99 SGB IX)



„... wenn und solange nach der Besonderheit des Einzelfalls Aussicht besteht, dass die Aufgabe der Eingliederungshilfe nach § 90 SGB IX erfüllt werden kann.“ (vgl. § 99 Abs. 1 S. 1 iVm § 90 SGB IX)

Anspruchsinhaberschaft



Nur die Eltern?



Nur das Kind?



Eltern = Anspruch auf Hilfen zur Erziehung für Eltern UND

Kind = Anspruch auf Hilfen zur Unterstützung in ihrer Entwicklung?

Rechtsfolgen / Leistungskatalog



Offener oder geschlossener Leistungskatalog?



Verweis in das SGB IX?



Persönliches Budget auch für HzE?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

